

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 239.

Freitag, den 17. October

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Anzeigen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

nemendpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jed. Einrückung 30 Nkr. — Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Handfchreiben vom 10. October d. J. den mit der Leitung der Landesbehörde in Schlesien interimistisch betrauten Statthalterreichsrath, Richard Grafen v. Belcredi, zum Landeschef in Schlesien allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Handfchreiben vom 10. October d. J. dem früheren Statthalter von Kärnten, Johann Freiherrn von Schloißnigg, unter Befassung seines bisherigen Titels und Charakters die Leitung der Landesbehörde in Krain allergnädigst zu übertragen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Entschluß vom 6. October d. J. den königlich ungarischen Statthalterreichsrath, Johann v. Szabo, zum Landespräsidenten des Sjabolcer Komitates allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Entschluß vom 27. September d. J. dem ersten Notar des königlichen Wechselgerichts erster Instanz zu Breschburg, Gustav v. Gerhauer, tarzeit den Titel eines Wechselgerichts-Assessors erster Instanz allergnädigst zu verliehen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit dem Allerhöchsten Entschluß vom 9. October d. J. allergnädigst anzuordnen geruht, daß dem Armeekapellmeister, Andreas Leonhard, bei dessen durch die Auffassung dieser Stelle herbeigeführten Uebereignung in den Ruhestand, der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit mit seiner eifrigen und erspriesslichen Dienstleistung bekannt gegeben werde.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen und Beförderungen:

Der Oberst Joseph Huisenreiter v. Glindendorf, des Artillerie-Regiments, zum Landes-Artillerie-Director für Galizien, Mähren und Schlesien, mit dem Siege zu Olmütz; der Oberlieutenant Heinrich Berg v. Falkenberg, des Artillerie-Regiments Prinz Kutpold von Baiern Nr. 7, zum Commandanten des Infanterie-Regiments Nr. 1, zu dem Commandanten des Regiments Artillerie-Commando Nr. 1, zum Obersten, die Oberlieutenant:

Johann Baum, Commandant des Regiments Artillerie-Commando Nr. 14;

Johann Horecki v. Horfau, Commandant des Regiments Artillerie-Commando Nr. 13 und Festungs-Artillerie-Director zu Venedig;

Joseph Schindler, Commandant des Artillerie-Regiments Erzherzog Wilhelm Nr. 6;

Wincenz Rusil, Commandant des Artillerie-Regiments Freiherr v. Sierwint Nr. 5, sämmtlich mit Befassung ihrer gegenwärtigen Commanden;

zu Oberlieutenants, die Majore:

Alfons Franz, des Infanterie-Regiments Kronprinz Albert von Sachsen, Nr. 11, im Regiment;

Joseph Zimmermann, des Artillerie-Regiments, mit Befassung in der Verwendung bei der siebenten Abtheilung des Kriegsministeriums;

Joseph Lamatsch, Edler von Wassenstein, des Artillerie-Regiments Nr. 3;

Michael Angerer, des Artillerie-Regiments Freiherr v. Berner Nr. 12; Beide in denselben Regimentern, und

Franz Sankt, des Artillerie-Regiments Ritter v. Hanslab Nr. 4, bei dem Artillerie-Reg. Prinz Kutpold von Baiern Nr. 7; zu Majors, die Hauptleute erster Klasse:

Richard Kollmann, des Artillerie-Regiments Erzherzog Wilhelm Nr. 6, bei dem Artillerie-Regimente Ritter v. Hanslab Nr. 4;

Janos Gubala, des Artillerie-Regiments Kaiser Franz Joseph Nr. 1, bei dem Regiments-Commando Nr. 7, und

Friedrich Habermayr, des Regiments-Commando's Nr. 1, bei demselben.

Zu Vorständen der nunmehr vereinigten 1. und 3. Abtheilungen bei dem Landes-Generalcommando, und zwar:

bei dem Landes-Generalcommando in Wien der Oberst Karl Graf Pöttinger v. Pötting, des General-Quartiermeisterstabes; bei dem Landes-Generalcommando zu Udine der Oberlieutenant Joseph Pelikan v. Plauenwald, des General-Quartiermeisterstabes;

bei dem Landes-Generalcommando zu Ofen der Generalmajor Alois v. Baumgarten, des General-Quartiermeisterstabes; bei dem Landes-Generalcommando zu Prag der Oberst Gustav Freiherr von Eghy und Hungersbach, des Infanterie-Regiments Graf Haugwitz Nr. 35;

bei dem Landes-Generalcommando zu Brünn der Oberst Albert Ritter Knebel v. Treuenwert, des Infanterie-Regiments Erzherzog Stephan Nr. 58;

bei dem Landes-Generalcommando zu Lemberg der Oberst Johann Edler v. Schnetter, des General-Quartiermeisterstabes; bei dem Landes-Generalcommando zu Agram der Oberst Johann Ritter v. Wagner, des General-Quartiermeisterstabes;

bei dem Landes-Generalcommando zu Temesvar der Oberst Leopold Ritter Mayer von der Winterhalde, des Infanterie-Regiments Nr. 4;

bei dem Landes-Generalcommando zu Hermannstadt der Oberst Johann Schmutz, des Infanterie-Reg. Graf Hartmann Nr. 9; bei dem Landes-Generalcommando zu Zara der Oberlieutenant Hubert Loos, des Tiroler Jäger-Regiments Kaiser Franz Joseph;

bei dem Festungs-Gouvernement zu Mainz der Oberst Karl Pirner, des Infanterie-Regiments Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen Nr. 20.

## Ueberfetzungen:

Der Oberst Karl Ludwig Serinny, vom Infanterie-Regimente Freiherr v. Bamberg Nr. 13, zum Infanterie-Regimente Graf Wenzendorf Nr. 73;

der Oberst Gustav Freiherr v. Camerra, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Wilhelm Nr. 12, zum Infanterie-Regimente Freiherr von Hrolovi Nr. 23, und

der Major Jakob Friedl, vom Infanterie-Regimente Erzherzog Rainer Nr. 59, zum Infanterie-Regimente König Wilhelm der Niederlande Nr. 63.

## Pensionirungen:

Der Oberst des Artillerie-Regiments Johann Konrad, Landes-Artillerie-Director zu Dimüs, mit General-Majors-Charakter ad honores, und der Major, Eduard Studziński Ritter v. Prusz, des Infanterie-Regiments Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar-Eisenach Nr. 64.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 17. October.

Die „France“ bespricht abermals die römische Frage. Sie plaidirt Fortdauer des Status quo und beweist aus dem Schreiben des Kaisers deren Verunsichtigung. Die Actenstücke Thouvenel's und Lavalette's werden von Herrn de Lagueronniere einfach ignoriert. Das officiöse Kleeblatt, Constitutionnel, Patrie und Pays bekämpfen heute diese Taktik der France, und wenn sie selber auch nichts Positives vorbringen, so läßt sich aus ihrer Haltung wenigstens so viel schließen, daß die Regierung über die römische Frage für jetzt — noch gar nichts beschlossen hat. Es sollen jetzt sogar alle Friedensrichter Frankreichs zum Berichte über die allgemeine Stimmung in Betreff der römischen Frage aufgefordert werden. So berichtet man der piemontesisch gefinneten „Kön. Zig.“, welche noch immer auf eine Wendung der Dinge aber wie es scheint vergebens hofft.

Diesmal scheint jedoch die „France“ auf der rechten Fährte zu sein. Wie man der „N. P. Z.“ schreibt, haben die Herren Thouvenel und Lavalette, welche am 13. d. von dem Kaiser empfangen worden sind, einen neuen und hoffentlich letzten, Versuch gemacht, den Kaiser zu einer Concession in der Römischen Frage zu bewegen. Minister Ratozzi, welcher nicht leben und nicht sterben kann, hatte nämlich den Ritter v. Agron nach Paris geschickt mit einem Schreiben an Hrn. v. Thouvenel, worin er diesem die Schwierigkeit seiner Situation ausführlich darlegte und in ihn drang, das zwischen ihnen schon längst abgekartete Project sofort vor die rechte Schmiebe zu bringen. Dieses Project scheint kein anderes als das eines „Status quo limitis“ gewesen zu sein; mit anderen Worten, das Cabinet der Tuilerien solle dem Papste erklären, daß es seine Truppen in einer bestimmten Frist, und sei es auch erst nach zwei Jahren, zurückziehen werde. Die Herren haben Fiasco gemacht. Der Kaiser, heißt es, habe von ihren Projecten nichts wissen wollen, er habe auch dem Marquis Lavalette angekündigt, daß er nicht mehr nach Rom zurückkehren und einen anderen diplomatischen Posten erhalten werde. So lange kein anderer Vorschlag in Rom ernannt sein wird, werden die piemontesischen Blätter sich und ihr Publicum mit dem Gedanken trösten, daß die Botschaft des Botschafterpostens in Rom eine „Verwarnung“ des Römischen Hofes sei; aber diese Illusion wird von kurzer Dauer sein, denn die Ernennung eines Nachfolgers des Marquis v. Lavalette, der Botschafter in London werden soll, ist wie der „N. P. Z.“ gemeldet wird beschlossen. Was die Argumente der „La France“ gegen das Project eines Status quo limitis anbelangt, so brauchen wir sie nicht zu wiederholen, wir wollen nur bemerken, daß Herr de Lagueronniere ein Hauptargument vergessen oder absichtlich mit Stillschweigen übergangen hat, wir meinen den Umstand, daß der Papst sich eine solche, sowohl seiner als der Kaiserlichen Regierung unwürdige Auffündigung des Schutzes auf einen bestimmten Termin nicht gefallen lassen, daß er vielmehr auf der Stelle Rom verlassen würde. Das weiß auch der Kaiser. Thouvenel's Tage dürften gezählt sein. (S. u. N. Nachr.)

Es ist kein Zweifel mehr, schreibt ein zweiter Correspondent der „N. P. Z.“ daß Minister Ratozzi Paris wirklich durchaus mit seinem Besuche hat beehren wollen, und daß er den Plan erst aufgegeben hat, als ihm Benedetti rund heraus erklärte, die Reise würde ganz nutzlos sein, denn er werde keine Gelegenheit haben, seine Beredsamkeit an dem Kaiser der Franzosen zu üben. Dafür, schreibt der Corr., sinne Ratozzi auf Rom; man weiß hier sehr gut, daß zu Turin an einer Inzigue gesponnen wird, aber man fürchtet sie nicht sehr, vielleicht kann ich Ihnen nächstens mehr davon erzählen — das Turiner Deficit aber beträgt nicht weniger als 320 Millionen.

Die Mailänder „Perseveranza“ dementirt das Gerücht, demzufolge Marchese Depoli die Mission übernommen haben soll, Unterhandlungen im Hinblick auf eine Vermählung des Prinzen Humbert mit einer Prinzessin Hohenzollern-Sigmaringen einzuleiten; in gleicher Weise wird in Abrede gestellt, daß er sich, wie Pays behauptet, nach Paris begeben werde, um die Unterhandlung eines francoitalienischen Vertrages begibt.

Garibaldi hat an seine Freunde in England eine Depesche gerichtet, in welcher er ankündigt, daß er, sobald es sein Gesundheitszustand gestattet, eine Excursion nach Mailand und unmittelbar darauf die Reise nach London unternehmen werde. Man fürchtet von der nächsten Garibaldi'schen Proclamation, die aus Mailand datirt sein wird, die bedenklichsten Erfolge; auch viele von den Freunden des Generals sind deswegen in großen Sorgen und man setzt alle Hebel an, um dahin zu wirken, daß die Protesterklärung nicht zu energisch ausfalle.

Die „Bair. Z.“ schreibt: Wie wir vernehmen, hat die neapolitanische Regierung eine Circulardepesche d. d. Albano, 1. September 1862, unterzeichnet von dem Vice-Admiral und Minister des Auswärtigen, Seiner Majestät des Königs beider Sicilien, Franz II., Leopold del Re, erlassen, worin beifammlichen europäischen Höfen, unter Beziehung auf die früheren Proteste vom 6. September 1860 und mehreren vom Jahre 1861, gegen alle Willkür-Acte auf neue protestirt wird, welche aus der zu ihrer äußersten Höhe gelangten Usurpation im Königreich beider Sicilien entspringen. Seine Majestät erklärt für null und nichtig alle Aneignungen von Stamm- oder Allodial-Gütern Seines königlichen Hauses von Bourbon oder seiner eigenen Person, ebenso von Domänen des Staates, mögen sie bereits verkauft oder der Uebergang in fremde Hände vorbereitet sein. Die oben erwähnte Circulardepesche verweist sich zur Motivirung des Anlasses auf die neuerlichen piemontesischen Gesetze vom 12. Juli und 21. August l. J., welche jenen revolutionären Grundgesetzen huldigen und dabei auch die Kirchengüter nicht ausschließen. Die Art und Weise, wie dabei verfahren werde, um die Kirche zu berauben, deren Güter zum großen Theile für die Armen, die Waisen, die Gebrechlichen, die Wittwen bestimmt seien und aus den Stiftungen von Privaten zu speciellen Zwecken herzurufen, sei unerhört und im Widerspruch mit allen Prinzipien der Geseßbücher aller gebildeten Nationen, denen das Privat-Eigenthum jederzeit heilig gewesen ist. Das Staatsvermögen werde von der piemontesischen Regierung verschleubert, während bisher seine Renten hingehalten hätten, die Zinsen der Staatsschuld beider Sicilien zu zahlen und den Anforderungen der Marine, der Industrie und des Ackerbaues im weitesten Umfange zu genügen. Das Gemüth Sr. Majestät des Königs Franz II. sei durch die vererblichen Acte der Regierung Victor Emanuel's schmerzlich ergriffen worden, und er halte es für seine Pflicht, wiederholt auch gegen alle Käufe, Verkäufe oder Schenkungen von Gütern zu protestiren, welche der Kirche, kirchlichen Korporationen, Wohlthätigkeits-Anstalten u. s. w. eigenthümlich gehören, und Seine Majestät wünsche, daß diese Verwahrung die möglichste öffentliche Verbreitung finde.

Nach diesem Protest glaubt die „Bair. Z.“ die in einer Correspondenz aus Venedig vom 7. d. M. enthaltenen Notiz, daß zwischen dem König Franz und König Viktor Emmanuel „weitgehiebene“ Unterhandlungen über Liquidirung und Herausgabe des Privatvermögens des Ersteren stattfinden, zur Zeit bezweifeln zu müssen.

Lord Palmerston trifft am 23. in London ein, um einem Ministerrathe beizuwohnen. Dieser wird sich, wie verlautet, mit der Amerikanischen, der Italienischen und der Baumwoll-Frage von Lancashire befassen. Der „Observer“ bemerkt hierüber: Die Arbeiternoth in Lancashire ist allerdings groß, doch Dank der Genügsamkeit der dortigen Arbeiter-Bevölkerung und den allgemeinen Beiträgen, wird es nicht nothwendig sein, deshalb das Parlament im Winter einzuberufen (um eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu beantragen). Was die Römische Frage betrifft, kann sie wohl nicht auf ihrem gegenwärtigen Standpunkte bleiben; doch steht die Politik der Britischen Regierung unverändert fest, es ist die des neutralen Zuwartens. Der Hauptgegenstand der Discussion wird demnach ohne Zweifel die Amerikanische Frage sein; doch auch in dieser Sphäre wird, mancherlei Andeutungen zum Trok, die Regierung schwerlich aus ihrer abwartenden Haltung heraustreten. Dies „mancherlei Andeutungen zum Trok“ bezieht sich auf des Schatzkanzlers Mr. Gladstone Rede in Newcastle, die damit schloß, daß die „Anerkennung der Süd-Union seitens Englands nicht lange mehr ausbleiben könne.“ Der halb-officielle „Observer“ widerspricht also dieser Gladstone'schen Aeußerung ziemlich deutlich.

Der Vertrag zwischen der Pforte und Montenegro, welcher den gegenseitigen Feindseligkeiten ein Ende macht, ist aus Skutari vom 31. August datirt, und wurde von Dmer Pascha an den Fürsten Nikolaus ge-

sandt, nachdem eine Volksversammlung in Cetinje den Beschluß gefaßt, die türkischen Bedingungen anzunehmen. Die Stipulationen lauten: Art. 1. Die innere Verwaltung Montenegro's bleibt eine solche, wie sie vor dem Einmarsch der kaiserlichen Truppen war. Art. 2. Die Demarcationslinie, welche von der gemischten Commission im Jahre 1859 bestimmt wurde, bildet für die Zukunft die Grenze Montenegro's. Art. 3. Die ottomanische Regierung erlaubt den Montenegro's die Eins- und Ausfuhr von Waaren im Hafen von Antivari, ohne ein Steuerrecht zu beanspruchen. Die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition ist verboten. Art. 4. Die Montenegro's werden die Befugnisse haben, zu Agrikulturzwecken Boden außerhalb Montenegro's in Pacht zu nehmen. Art. 5. Mirko verläßt Montenegro und darf nicht zurückkehren. (Dieser Artikel ist verändert worden: Mirko hat das Recht zu bleiben, unter der Bedingung, daß er als einfacher Privatmann lebt.) Art. 6. Die Route von der Herzegovina nach Skutari, durch das Innere Montenegro's, wird dem Handel geöffnet. Mehrere Punkte dieser Straße besetzen die kaiserlichen Truppen, welche in den Blockhäusern garnisoniren. Die zu besetzenden Punkte werden später bezeichent werden. Art. 7. Die Montenegro's dürfen keine feindlichen Züge über ihre Grenzen mehr unternehmen. In Falle sich ein oder mehrere Districte in der Nachbarschaft erheben, dürfen die Montenegro's ihnen keine Hilfe leisten, weder eine moralische noch materielle. Alle Senatoren, die Anführer der Rabien und andere Würdenträger Montenegro's müssen dem Serdar Ekrem ihren Beitritt durch Unterzeichnung dieses Schriftstückes beweisen. Art. 8. Die Differenzen von geringerer Tragweite, welche sich wegen der Grenze erheben sollten, werden von einer gemischten Commission ausgeglichen. Jede an Montenegro grenzende Macht wird einen Bevollmächtigten zur Regelung solcher Differenzen schicken, und im Falle, daß eine bedeutende Frage keine zufriedenstellende Erledigung von dieser Commission findet, haben die betreffenden beiden Parteien sich direct an die hohe Pforte zu wenden. Art. 9. Keine Familie darf nach Montenegro gehen ohne einen Paß von den türkischen Behörden. Jeder Dawidhandeln wird ohne Rücksicht zurückgeschickt. Art. 10. Es ist den Montenegro's erlaubt, im Interesse ihres Handels zu reifen im ganzen türkischen Kaiserreiche. Die Reisenden werden unter dem Schutze der Regierung stehen. Art. 11. Alle Verbrecher müssen verhaftet und an ihre respectiven Behörden ausgeliefert werden, nach Grundlage gegenseitiger Auslieferung. Art. 12. Von beiden Theilen werden die Kriegsgefangenen in Freiheit gesetzt und in ihre Heimath geschickt werden. Die flüchtige Raza muß in ihre Heimath zurückkehren. Art. 13. Nach dem Grundsätze der Reciprocität müssen alle geraubten Gegenstände zurückerstattet und die betreffenden Attentäter bestraft werden. Art. 14. Die Montenegro's verpflichten sich, kein Bollwerk oder irgend ein fortificatorisches Werk zu errichten an den Grenzen Albanien's, Bosniens und der Herzegovina. Skutari, den 31. August 1862. Der Serdar Ekrem: Dmer Pascha. Am 13. September hat Fürst Nikolaus unter diese Vertragspunkte eigenhändig Folgendes geschrieben: „Der unterzeichnete Fürst von Montenegro acceptirt die von der hohen Pforte gestellten und in obigen Punkten enthaltenen Bedingungen ihrem ganzen Umfange nach. Cetinje, 13. Sept. 1862. (gez.) Nikolaus.“

Der russische Gesandte, Fürst Labanoff, hat in Konstantinopel, wie gemeldet, gegen Artikel 6 des obigen Uebereinkommens Protest erhoben, der jedoch zurückgewiesen wurde.

Der preussisch-französische Handelsvertrag ist, wie es heißt, nun auch von der großherzoglich hessischen Regierung abgelehnt worden.

Die Antwort der kurhessischen Regierung auf die wiederholten preussischen Anfragen wegen Beitritt zum preussisch-französischen Handelsvertrage ist, wie man aus Kassel schreibt, schon seit längerer Zeit zur Absendung bereit; sie hat aber bis jetzt die Zeit zur Absendung noch nicht erhalten. Was unterschrieben des Kurfürsten noch nicht erhalten. Was ihren Inhalt betrifft, so ist derselbe eine maskirte Ablehnung des Vertrages; es wird nämlich der Beitritt in Aussicht gestellt, sobald alle Zollvereinsregierungen denselben angenommen haben werden.

Aus München, 15. d., wird gemeldet: In der heutigen vierstündigen Sitzung des Handelstages sprachen 11 Redner, darunter von Oesterreichern Mayrhofer, Spitzer, Szabel. In der Generaldebatte sprachen gegen die österreichischen Vorschläge Wigel, Mi-

kaelis, Mayer, Bederath, Moll; für dieselben von Reichsminister v. Mevius, für die übrigen von Reichsminister v. Schöller. Ein Beschlus wurde nicht gefasst. Dem „Wochenschrift“ wird telegr. gemeldet: Langbauerer, stürmischer Ruf des ganzen Hauses und der Gallerien begleitete die Reden der Oesterreicher: „nicht Preussens, nicht Oesterreichs Oberherrlichkeit, sondern die Einigkeit der Nation sei zu schaffen.“ Selbst die Vertreter des preussischen Minoritätsantrages vertheidigten fast den Handelsvertrag nicht. Oesterreich ist entschieden erfolgreich.

Die Resolutionen welche der ständige Ausschus dem Münchener Handelstage zur Verabreichung unterbreitet, lauten wie folgt: 1. Bezüglich des Handelsvertrages mit Frankreich beantragt die Majorität des Ausschusses:

1. Der Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich ist im Allgemeinen, vom commerciellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte, höchst wünschenswerth, und die dadurch zu erzielende Erweiterung des Absatzgebietes und des erleichterten gegenseitigen Austausches der weiteren Entwicklung der Industrie Deutschlands nützlich. Es ist notwendig, daß der Art. 31 des Vertrages so gefaßt oder declarirt werde, daß derselbe kein Hindernis für den Zollverein sei, mit Oesterreich und anderen zum deutschen Bunde gehörigen Staaten in ein enges Verkehrsverhältnis zu treten. 2. Der deutsche Handelstag kann sich nicht verhehlen, daß mehrere Bestimmungen des französischen Handelsvertrages gerechte Bedenken gegen die Interessen des Zollvereins erwecken. Insbesondere: a) Art. 8. Bezüglich der dem Zollvereine auferlegten Beschränkung in Bestimmung seiner inneren Consumtionssteuern. b) Art. 15. In Bezug auf den hier dringend nöthigen Zusatz für Festsetzung einer präcisiven Frist von drei Tagen zur Erklärung über das Frankreich zustehende Verkaufrecht. c) Art. 16 und 17. Wegen der hier Frankreich eingeräumten, dem deutschen Handel in hohem Grade nachtheiligen Befugnis des Schätzungsrechtes und des damit verbundenen Verfahrens. d) Art. 25. Wegen des Mangels einer Bestimmung durch welche, unter Beachtung der Gegenseitigkeit, für die zollvereinsländischen Handelsgesellschaften, namentlich für solche, die nach den betreffenden Landesgesetzen das Recht juristischer Persönlichkeiten haben, das Recht festgesetzt wird, in Frankreich Prozesse führen zu können. 3. Der deutsche Handelstag spricht aus, daß die Tarife A und B manche Positionen enthalten, welche dem Interesse des Zollvereins schädlich sind; unter anderem, im Tarife A die zu hohen Schutzzölle auf alle feineren Erzeugnisse der Industrie und die einzelnen Erhöhungen bisher bestandener Eingangszölle in Frankreich; im Tarife B die hier und da vorgekommene niedrigere Besteuerung der Ganzfabrikate im Vergleich zu den Halbfabrikaten, dann der für manche Artikel und namentlich für die Eisen- und Baumwollindustrie zu schroffe, für die natürliche Entwicklung nicht im Einklange stehende Uebergang aus den jetzigen Zolllagen zu den in dem Tarif in Aussicht genommenen Positionen. Das Votum der Minorität des Ausschusses lautet: Gegen die vorstehenden Resolutionen der Majorität des bleibenden Ausschusses schlägt dessen unterzeichnete Minorität dem Handelstage die Annahme der folgenden Resolution vor: In Erwägung, daß nach Bestimmungen des Art. 31 des Handelsvertrages vom 2. Aug. d. J. eine Erhöhung einzelner Zollsätze in den zwischen Oesterreich und dem Zollverein geltenden Tarif vom 19. Februar 1853 nach Ablauf des Jahres 1865 zu befragen steht, in fernerer Erwägung, daß in dem Tarife A des Vertrages durch Einführung der Werthzölle verschiedene bisher in Frankreich bestandene Eingangszölle erhöht werden, in Erwägung aber, daß selbst diese vorzugweise hervorzuhebenden Uebelstände gegen den Vortheil nicht ins Gewicht fallen, welcher durch die mittelst des Handelsvertrages verwirklichte Reform des vereinsländischen Tarifs, und gleichzeitig erzielte Erweiterung des diesseitigen Absatzgebietes für Handel und Industrie unseres Vaterlandes geschäft ist; erklärt der deutsche Handelstag: Es ist höchst wünschenswerth die oben angeordneten Nachtheile durch Verhandlungen der vertragschließenden Regierungen zu beseitigen, das schleunige Zustandekommen des Handelsvertrages darf aber nicht in Frage gestellt werden. Während aus Danzig, Johann aus Deidesheim, Meier aus Bremen, Rosz aus Hamburg, Stahlberg aus Stettin, von Sybel aus Düsseldorf, Weigel aus Breslau.

II. In Betreff der Zolleinigung mit Oesterreich beantragt der Ausschus folgende Beschlusfassung: In der Voraussetzung, daß die Erhaltung des Zollvereins und der Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich sich erzielen läßt, beschließt der Handelstag über das künftige Verhältnis des Zollvereins zu Oesterreich wie folgt: 1. Die nach dem Vertrage vom 19. Februar 1853 zwischen dem Zollverein und Oesterreich bestehenden Verkehrsvereinfachungen sind möglichst dahin auszuweihen, daß bei der Mehrzahl der beiderseitigen Erzeugnisse des Bodens und der Industrie ein zollfreier Verkehr eintrete, wogegen die bisherige Selbstständigkeit der beiden Zollgebiete auch ferner erhalten bleibt. Um dies zu bewirken, ist erforderlich: a) daß Oesterreich für alle Gegenstände des zollfreien Verkehrs einen gemeinsamen Zolltarif mit dem Zollverein annehme, auch dann, wenn dieser Tarif auf Grundlage des Handelsvertrages mit Frankreich reformirt wird; b) daß in Oesterreich im wesentlichen die Gesetze und Errichtungen des Zollvereins in Beziehungen auf Zollhebung eingeführt werden; c) daß die Zollämter an der Grenze zwischen den beiden Zollgruppen zusammengelegt werden, so weit dies noch nicht geschehen ist; d) daß Oesterreich und der Zollverein sich gegenseitig das Recht einräumen, durch Commissionäre die Ausführung der Zollgebühren zu kontrolliren. 3. Vom zollfreien Verkehr ausgeschlossen und der selbstständigen Festsetzung und Erhebung der Zölle und Abgaben überlassen folgende Gegenstände: a) diejenigen, welche Staatsmonopol sind, wie Tabak, Salz, Spielkarten; b) diejenigen, welche

einen erheblichen Ertrag an innern Consumtionsabgaben liefern, wie Branntwein, Bier und Zucker; c) namentlich zu bezeichnende Colonialwaaren, als Kaffee, Zucker, Cacao, Thee. 4. Die Zollrevenue, mit Ausnahme der nach 3. besonders zu erhebenden, werden zwischen dem Zollverein und Oesterreich nach einem vertragemäßig zu bestimmenden Verhältnis getheilt, bei dessen Festsetzung die dormalen statfindende Consumtionsbefähigung der Bewohner jeder der beiden Zollgruppen zu berücksichtigen ist. 5. Im Uebrigen behält sowohl der Zollverein wie Oesterreich seine absonderte Zoll- und Abgabenverwaltung.

III. Bezüglich der Erhaltung und besseren Organisation des Zollvereins lautet die Resolution des Ausschusses: In Anbetracht, daß die Auflösung des Zollvereins unheilvoll für die sämtlichen ihm angehörigen Staaten sein würde, daß zur Vermeidung der Gefahren, welche so wie jetzt, ihm auch künftig drohen könnten, es dringend notwendig erscheint, die Verfassung des Zollvereins schleunigst zu reformiren; daß in Betreff der Richtung dieser Reform der erste Handelstag zu Heidelberg bereits mittelst Beschlusses vom 15. Mai 1861 seine Ansicht zu erkennen gegeben hat, wiederholt der zweite Handelstag seinen früheren Beschlus und übergibt die demselben vorgelegten detaillirten Anträge den Zollvereinsregierungen zur schleunigen und eingehenden Erwägung.

Die F.V. schreibt: So gering die Hoffnungen sein mögen, daß sich in einem durch Parteitendenzen entbrannten Streit ein verständiges und erhellendes Abkommen finden werde, so sind doch die ersten Schritte des Münchener Handelstags nicht unerfreulicher Natur. Die Gutachten der Commission geben von dem Princip aus, daß mit dem bloßen Fördern und Vereinen auf friedlichem Wege nichts gethan ist — daß vielmehr von beiden Theilen nachgegeben werden muß, wenn die Sache zu einer segensreichen Entwicklung führen soll. Die Drohung mit Auflösung des Zollvereins ist der allerunglücklichste Kunstgriff, da man den Verein auf beiden Seiten so wenig entbehren kann, wie die Gemeinschaft der Luft, des Bodens, der Ströme. Es gilt, Oesterreich und den Süden zufriedenzustellen, ohne die Forderungen Preussens zu verwerfen. Das Princip der Vorschläge geht dahin, das Eine zu thun, das Andre nicht zu lassen, d. h. mit dem Kaiserstaat in Verkehr zu treten und die Verbindung mit Frankreich und dem übrigen Europa gleichfalls vor sich gehen zu lassen. Damit muß die ganze Freihandelspartei sich einverstanden erklären oder sie verfolgt — politische Parteizwecke. Unter Oesterreich ist jedoch Oesterreich zu verstehen, d. h. nicht bloß einige Provinzen des Gesamtstaates. Wäre wirklich der Vorschlag auf die deutschen Provinzen beschränkt, so läge hier nicht einfacher Unverstand, sondern unwürdiger Hohn vor — was hat der Handel mit der Nationalität gemein, wie kann man glauben, daß ein großer Staat der bessern Verbindung mit den übrigen deutschen Ländern seine politische Einheit opfern würde? Liegt doch gerade in dem künftigen Handelsverkehr mit Ungarn, der zukunftsreichsten Provinz des Kaiserstaates, ein Hauptnutzen der deutschen Volkswirtschaft. Als Mittel zum großen Ziele wird vorgeschlagen: 1. Mit Oesterreich werden sofort Verhandlungen eingeleitet, um zwar nicht die völlige Beseitigung der Zolllinie durchzusetzen (da die Monopole, namentlich des Tabaks, die völlige Einheit zur Zeit noch hindern), wohl aber in den meisten Artikeln zollfreier Verkehr. Nur von einzelnen Gegenständen sollen noch Abgaben erhoben werden, nach gemeinsamem Tarif (bei dessen Festsetzung der mit Frankreich vereinbarte im Allgemeinen als Basis dienen soll). Die Revenuen der gemeinschaftlichen Zölle werden nach einem zu vereinbarenden billigen Maßstab getheilt. 2. Der Handelsvertrag mit Frankreich wird nicht abgelehnt, wohl aber nach einem billigeren Maßstab modificirt und nach Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Zollverein und Oesterreich darüber mit Frankreich weiter unterhandelt. 3. Der Zollverein wird reorganisiert. Alle diese Schritte erscheinen sehr zweckmäßig und empfehlenswerth. Erhebliche Bedenken bieten aber die Vorschläge wegen Revision des Zollvereins. Sie laufen allzusehr auf eine preussische Spitze hinaus. Oesterreich erhalte nicht die Stellung, die ihm nach seiner Bedeutung und seinen Opfern gebührt. Darin liegt ein Hauptanstoß der Einigung. Doch begrüßen wir die Vorschläge immer als einen freundlichen Schritt. Bei gutem Willen der Regierer, namentlich der preussischen, ließe sich auch über die bleibenden Streitfragen hinauskommen.

Ueber das Stimmenverhältnis wird unterm 14. d. geschrieben: Einigen berechtigten Reclamationen der Vertreter österreichischer Industrie-Interessen konnte noch im Laufe des gestrigen Abends abgeholfen werden, aber im Großen und Ganzen war an den mancherlei provisorischen Bestimmungen bezüglich der Stimmungung nichts mehr zu ändern und in ihrer gestrigen Versammlung beschloßen die Oesterreicher, um ihrerseits keinen Anlaß zu Spaltungen zu bieten, ihre obgleich sehr begründeten Beschwerden nicht vor das Plenum zu bringen. Die Frage, welche Corporationen als allein berechtigt zu betrachten zur Vertretung der Handels- und Industrie-Interessen läßt sich für jetzt nicht endgiltig entscheiden, da es hiezu an jedem Anhaltspunkte in den deutschen Gesetzgebungen fehlt. Bei 352 Delegirten (89 Oesterreicher) waren gestern Abends 142 Votanten ermittelt, davon entfallen auf Preußen 38, Baiern 32, Oesterreich 25, Hannover 18, Baden 10, Freie Städte 5, Württemberg 4, Hessen 4, Kön. Sachsen 4, Nassau 4, Kurhessen 3, sächsische Fürstenthümer 2, Holstein 2.

Die Frankfurter „Postzeitung“ veröffentlicht eine von 92 Namen unterzeichnete Einladung an Alle, welche die Ueberzeugung theilen, daß eine Neugestaltung Deutschlands mit Ausschluß Oesterreichs unter keiner Bedingung zulässig sei, an der am 28. October in Frankfurt statfindenden großdeutschen Versammlung theilzunehmen.

Die kleine Versammlung alter Parlamentsmitglieder, welche dieser Tage in Frankfurt stattfand, hat sich, wie man dem „Wochenschrift“ schreibt, einstimmig für die Delegirten-Versammlung ausgesprochen. Ohne Ausnahme ward anerkannt: „daß man das Gute nicht zurückweisen dürfe, weil vor der Hand das Bessere sich als practisch unerreicht darstelle, und daß speciell der Gedanke, in einer Delegirtenversammlung den Keim zu einer wahrhaften und vollständigen Vertretung am Bunde zu legen, ein so fruchtbringender und treibender genannt werden müsse, daß man mit dessen Ablehnung sich einer schweren Verantwortlichkeit schuldig machen werde. Aber vor allen Dingen wurde die Debatte von dem einmüthigen Bewußtsein getragen, daß es keine Reconstituierung Deutschlands geben dürfe und könne ohne die Theilnehmung Deutsch-Oesterreichs, und daß dieses Deutsch-Oesterreich jedes Opfer, nur nicht das Opfer der Einheit des Reichs, zu bringen bereit sei, um die uralte Zusammengehörigkeit mit Deutschland aufs Neue zu besiegeln.“

#### Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 15. d. wurde über das Erfordernis für andere zu keinem besonderen Verwaltungszweige gehörige Ausgaben verhandelt und dasselbe in drei Positionen mit fl. 43,200, fl. 669,400 und fl. 673,600 festgestellt. Die in der letzteren Position enthaltene Entschädigungsleistung an Kärnthener für abgetretene Gefälle pr. 25,000 fl. wurde nur vorläufig genehmigt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung war die Verabreichung über das Erfordernis der ungarischen, croatischen und siebenbürgischen Hofkanzlei. Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte, im Laufe welcher Dr. Wieser den Antrag stellte, das Erfordernis für die drei Hofkanzleien nach dem Antrage der Regierung unverändert und ohne Debatte oder Beschlusfassung über die Ziffer im Etat für 1863 aufzunehmen. — Dagegen beantragte Schindler die diesbezüglichen Verhandlungen zu sistiren und zur Fortsetzung derselben sowohl den Staatsminister, als auch die drei Hofkanzler einzuladen. Diesen Antrag amendirte Dr. Stamm dahin, daß der Staatsminister mit dem Befrage einzuladen sei, der Ausschus halte es für förderlich, wenn durch die Gegenwart der Hofkanzler, Aufklärungen über die finanziellen Verhältnisse in Ungarn, Siebenbürgen und Croatien erzielt würden. Der Berichterstatter Wernisch spricht sich für die Einladung des Staatsministers ohne die drei Hofkanzler aus, damit derselbe Aufklärungen über den Stand der ungarischen Frage gebe, doch will er die Verabreichung über die Budget der Hofkanzleien fortgesetzt wissen. Bei der Abstimmung werden die Anträge Wiesers und Stamms verworfen; dagegen der Antrag Schindlers in seinem ersten Theile, den Staatsminister mit Sistirung der Budgetverabreichung bezüglich der drei Hofkanzleien einzuladen, angenommen. Der zweite Theil des Schindlerschen Antrages, welcher die Einladung der Hofkanzler betrifft, wurde abgelehnt.

Die Gesetzbildung über das Vergleichsverfahren wird von der Regierung schon morgen Samstag im Hause eingebracht werden. Die Commission, welche die Grundzüge zu derselben verhandelt, hat ihre Arbeiten bereits vollendet. Bei der am 14. Abends stattgefundenen Sitzung wurde der Vorschlag, daß dort, wo die Activa nicht 20 Prozent der Passiva betragen, allsoleich das Concursverfahren einzutreten hätte, nicht angenommen. Gingen wurde bezüglich des streitigen Paragraphen 35 der früheren Vorlage folgender Vermittlungsvorschlag beliebt: Dort, wo die Activa nicht 30 Prozent der Passiva betragen, bleiben die Forderungen jener Gläubiger, die entweder nicht angemeldet haben oder vor der Vergleichsverhandlung zurücktreten, auch nach geschehenem Ausgleiche aufrecht. Wenn nach geschehenem Ausgleiche eine Rate eines Ausgleichsquotienten nicht bezahlt wird, so lebt die ursprüngliche Forderung vollständig wieder auf.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. October. Sr. Maj. der Kaiser und der Erbprinz Thurn und Taxis werden heute von Fisch nach Schönbrunn eintreffen.

Sr. k. k. Apostolische Majestät geruhen für die durch Feuer verunglückten Bewohner der königl. Bergstadt Wallendorf im Zipfer Comitate die Summe von Eintausend Gulden dem ungarischen Hofkanzler allergnädigst zu übersenden, welcher Betrag bereits seiner Bestimmung zugeführt wurde.

Ihre k. Hoheit die Erbprinzessin Helene Thurn und Taxis, Schwester Ihrer Maj. der Kaiserin, ist gestern nach München abgereist.

Heute Nachmittags fand unter dem Vorsitze Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Rainer ein Ministerrath statt.

Sr. k. H. der Hr. Erz. Karl Ludwig wird heute zur Vermählungsfeier nach Venedig abreisen. Die durchlauchtesten Eltern Ihrer k. Hoheiten der Hr. Erzherzog Franz Karl und Frau Erz. Sophie werden morgen von Fisch nach Venedig eintreffen; desgleichen Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Ludwig Victor und Ferdinand Max von Triest.

Ihre kgl. Hoh. die Prinzessin Anunciata wird am 17. von Rom abreisen und über Civitavecchia und Corfu sich nach Venedig begeben. Der Tag der Trauung wird erst nach der Ankunft des Erzherzogs Carl Ludwig bestimmt werden. Die kirchliche Einsegnung des Brautpaares wird in einem Saal der Hofburg, welcher als Capelle hergerichtet wird, stattfinden. Unter den zur Vermählungsfeier eingeladenen ist auch der Erz. Ritter v. Benedek.

Ueber die Reise Sr. k. H. des Herrn Erzherzogs Ferdinand Max vernimmt man, daß selbe Afrika zum Ziele habe. Sr. k. Hoheit wird Egypten besuchen, sodann durch Rubien nach Abyssinien sich begeben.

Der k. sächsische Gesandte am hiesigen Hofe, Baron v. Könniger, ist nach Dresden abgereist.

Der Prager Bzg. wird aus Wien geschrieben, daß sich in Kroatien ein Umschwung in der Stimmung vorbereitet, der den Intentionen der Regierung direct entgegenkommt und wenn Siebenbürgen, wie zu hoffen, gegen den Protest einer terroristischen Minorität in Maffe seinerseits Protest einlegt, die Isolirung Ungarns vollständig macht. Wir glauben, schreibt der „Wochenschrift“, daß am heutigen Tage von einer Isolirung Ungarns wohl nicht mehr die Rede sein kann, denn nach Allem, was über die politische Stimmung dieses Königreichs in jüngster Zeit bekannt geworden, ist auch dort ein Umschwung in den Anschauungen eingetreten und wird auch dort den Intentionen der Regierung entgegengekommen.

Die Creditkrise in Ungarn, besonders in Pesth, dauert noch immer fort; eine Insolvenzerklärung folgt der anderen, und die ältesten renommirtesten Firmen stellen die Zahlungen ein. Das Unglück ist groß, wenn es sich auch hi und da nur um Stockungen handelt und die betreffenden Häuser theilweise nur zahlungsunfähig, aber nicht passiv sind. Der Grund dieser längst erwarteten Erscheinung ist lediglich die von den Ultras über Haß und Kopf vorgenommene Wiederherstellung der alten ungarischen Rechtspflege, bei welcher die Durchsetzung eines Rechtes in Ungarn, besonders für einen Nicht-Ungar, beinahe zu einem Lotteriespiel geworden ist. Die Folge war, daß Wien und die deutschen Plätze die Ungarn fast allen Credit kündigten. Die Erfahrung, die Ungarn leider zu machen genöthigt wird, ist doppelter Natur. Sie zeigt, daß Ungarn auf eigenen Füßen nicht stehen und namentlich die Unterstützung West-Oesterreichs nicht entbehren kann; sie beweist aber auch, daß die Nation sich durch Festhalten an ihren veralteten und durch Mißbräuche aller Art durch und durch vererbten Justizeinrichtungen volkswirtschaftlich zu Grunde richten muß.

#### Deutschland.

Die mit der Ausarbeitung einer gemeinsamen deutschen Civilprozeßordnung beauftragte Bundescommission in Hannover entwickelt eine große Thätigkeit. Nach erfolgter Vereinbarung über die leitenden Principien konnte schon in der sechsten Sitzung über Vortrag des bestellten Referenten und zweier Conferenten an die Beratung des Prozeßgesetzes selbst geschritten werden und der seitherige Fortgang berechtigt zu der Voraussetzung, daß das Werk in weitaus kürzerer Frist zu Stande kommen werde, als man gemeinhin annehmen zu sollen glaubt.

Die mecklenburgische Regierung soll nicht abgeneigt sein, behufs Anlage eines Kriegshafens in der Bucht von Wismar und Preußen in Unterhandlung zu treten.

In Berlin gewinnt ein seit einigen Tagen circulirendes Gerücht täglich mehr an Intensität, nach welchem Herr von Puttkammer-Bartenstein zum Handelsminister designirt wäre.

Die Sternzeitung zählt sieben conservative Deputationen auf, welche am 13. und 14. von Sr. Majestät dem Könige empfangen wurden.

Nach der Berliner Zeidler'schen Correspondenz reist Herr v. Bismark erst Ende dieser Woche nach Paris.

Mit Bezug auf die neuerdings verbreiteten Gerüchte über die Corvette „Amazon“ geht der A. Pr. Bzg. von kompetenter Seite folgendes zu: „Nach einer Erklärung des Schiffers Reiger Wagemaker, welcher mit dem Fahrzeuge „Wier Geschwister“ Holz für die königliche Werft nach Danzig brachte und aus Weirigen, südlich von Texel, zu Hause ist, sollen die Bootsen von Texel, namentlich der Bootse Brymen, wohnhaft auf Nieuwerdiep (Wilhelmsdorf) ihr erzählt haben, daß die preuß. Corvette „Amazon“ am 11. November v. J. in der Nähe von Texel von ihnen gesehen worden sei, und daß auf das Abkommen des Fahrzeuges um soweniger habe gerechnet werden können, als das Bootsenboot nicht im Stande gewesen sei, die Küste zu claren, und den Hafen habe aufsuchen müssen. Die Annahme, daß die preussische Corvette „Amazon“ demnach auch wirklich auf Pettempolder gestrandet, habe sich auch nach weiterer Erklärung des Wagemaker, schon dadurch bestätigt, daß ein Mast der „Amazon“, mit gelber Farbe gestrichen, bei Texel an Land gekommen sei, welchen der Diener des Reiger Wagemaker, Namens Simon Wagemaker, von dem Zimmermann N. Wilhelm aus Barziggerhorn, 5 Stunden südlich von Texel, gekauft und später zu einem Wassermühlflügel verwendet habe. Die Länge des Mastes habe 61—62 Fuß, die Stärke ungefähr 18—20 Zoll betragen, welche Dimensionen der Wagemaker selbst gemessen. Außerdem ließen andere bei Dettum an Land getriebene Kleinigkeiten es nicht zweifelhaft erscheinen, daß dieselben Sr. Majestät Schiff „Amazon“ angehört haben. Aus dem Vorstehenden darf der Schluß gezogen werden, daß Sr. Majestät Schiff „Amazon“ auf die äußere Bank (Pettempolder), welche 5 deutsche Meilen von der Küste entfernt liegt, so daß ein Bruch vom Lande aus nicht gesehen werden kann, aufgelaufen ist, und daß diese Strandung in derselben Weise stattgefunden hat, wie dies von der nautischen Gesellschaft in Stettin im vorigen Jahre angenommen wurde. Auch müsse: Schiffe, welche auf die äußere Bank stießen, da dort nur 13 Fuß Wasser vorhanden sind. Von der Behörde ist wegen weiterer Ermittlungen dieser Angaben das Erforderliche veranlaßt worden.“

Die „Bayerische Zeitung“ bezeichnet die Angabe eines ihrer Correspondenten, daß das Gefolge, welches die Königin von Neapel nach München begleitete, die

Süddeutsche nach Neapel angetreten habe und in Augsburg von der Königin sich verabschiedet werde, als unrichtig. Die Herzogin von St. Antimo und von Wagnaja, sowie die Herzogin von Sefarea hätten sich nach Augsburg begeben, um dort zu verweilen, nachdem die Königin, ihre Gebieterin, den zeitweiligen Aufenthalt dortselbst gewünscht habe.

**Frankreich.**

Paris, 13. Oct. Morgen findet wieder ein Ministerrath in St. Cloud statt. — Prinz Napoleon wird von Eissabon am 20. d. M. wieder in Rochefort eintreffen. — Herzog und Herzogin v. Moray sind seit gestern Abend von ihrer Reise nach England und Schottland wieder nach Paris zurückgekehrt. — Herr von Lavalette wird, wie man mit vieler Bestimmtheit jetzt versichert, nicht mehr nach Rom zurück, sondern nach London gehen. Herr Thouvenel geht wieder in Urlaub; Madame Thouvenel ist so gefährlich krank, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. — General Forey wird zwischen dem 20. und 25. Oct. in Vera-Cruz erwartet und sollte sich von da ohne Zeitverlust nach Orizaba begeben. — Man spricht jetzt viel von einer neuen Auszeichnung, die in Frankreich geschaffen werden soll. Es ist dies eine Civil-Medaille, die, um dem Ehrenlegionskreuz einen höheren Werth zu geben, für den Civilstand eine ähnliche Bedeutung erhalten soll, wie die Militär-Medaille für die Armee. — Das Journal „Montecristo“ von Alexander Dumas ist nach zwölfjährigem Verbot unterdrückt worden. Seit einem halben Jahre hatte es von dem literarischen Felde fortwährend Streifzüge in die auswärtige Politik gemacht; daran ist es zu Grunde gegangen.

Mit den jüngst von der officiellen Presse als falsch bezeichneten Nachrichten des Reuterschen Bureau's aus Vera-Cruz hat es doch in so fern seine Richtigkeit, als der zwischen New-Orleans und New-York fahrende Postdampfer „Philadelphia“ sie von der Havana mitgebracht hat. Weil weit sie Glauben verdienen, ist freilich eine andere Sache.

Berichten aus Vera-Cruz vom 9. September zufolge, hatte eine französische Garnison Soledad besetzt und war General Zaragoza gestorben.

**Großbritannien.**

London, 13. Oct. Im Hyde-Park hatte sich gestern wieder eine bedeutende Menschenmenge versammelt. Doch verhinderte die Anwesenheit der Polizei und der stark herabströmende Regen jede Kundgebung, welche geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ruhe zu stören.

Es ist schon mitgetheilt worden, daß der Lordmayor kein Garibaldi-Meeting in der Guildhall abhalten lassen will. Man erfährt heute, daß ihm am Mittwoch die Anzeige gemacht worden war, er dürfte bald ein Gefuch von römisch-katholischer Seite erhalten, die Halle einem Meeting einzuräumen, welches „eine Adresse an die Königin richten sollte mit der Bitte, daß Ihre Majestät ihren Ministern befehlen möge, den Kaiser der Franzosen nicht länger zur Abberufung seiner Truppen aus Rom zu drängen, weil dann unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptstadt der Erde des heiligen Vaters, eines Wirtens Ihrer Majestät, einer Invasion ausgesetzt wären.“

**Italien.**

Aus Turin, 10. October wird gemeldet: Auf dem Varignano herrscht reges Leben und freudige Bewegung. Die Offiziere, welche nach Feststellung ihrer Identität das Fort Fenestrella verlassen haben, begaben sich sofort zu Garibaldi, der sie mit der größten Ehrlichkeit empfangen hat. Sofort wurden die Schildwachen entlassen und vorgefesselt übergeben der Oberst Santa Rosa an Garibaldi und seinen Sohn deren Waffen und verabschiedete sich vom General in den wärmsten Ausdrücken. Garibaldi dankte ihm in erregten Worten für seine aufmerksame und humane Behandlung der Gefangenen. — Seit gestern ist das Commando des Varignano als Marinefort wieder in die Hände der Marinebehörde übergegangen, doch wird es Garibaldi nicht früher verlassen, als bis er ohne Gefahr transportirt werden kann. — Der Telegraphendirektor, der während der Gefangenschaft Garibaldi's zwischen dem Varignano und dem Hafen von La Spezia gelegt war, ist ebenfalls abgenommen worden.

Einer der zu Garibaldi gerufenen Aerzte, Dr. Palasciano, schreibt über die Wunde Garibaldi's an einen Freund der von ihm die Wahrheit verlangte, folgendes: „Ich danke Ihnen für die mir über den Stand der Verwendung Garibaldi's mitgetheilten Nachrichten, und beantworte hiemit kurz Ihre Fragen. Ich habe die Diagnose meines vortrefflichen Kollegen, Herrn Cipriani, vollen Beifall. Das Hervorstehen des ganzen Knöchels, die Abweichung und Neigung des ganzen Fußes nach einwärts, auf welche ich die behandelnden Aerzte gelegentlich meines ersten Besuches (7. September) in Varignano aufmerksam gemacht, sind seiner Wahrnehmung nicht entgangen; und er hat als ein sehr beredtes tatsächliches Argument den Umstand hervorgehoben, daß am 21. September ein Stück Seifeleber, das anderthalb Zoll tief eingedrungen war, aus der Wunde gezogen wurde. Ich bin somit mehr als je überzeugt, daß eine Versammlung des Knöchels stattgefunden, und daß das Gefäß sich noch in der Wunde befindet; nun glaube ich aber, daß dieses Gefäß, sowie die Knochen splitter, welche von selbst nicht ausgeschieden werden können, auf künstlichem Wege entfernt werden sollten. Glücklicher Weise ist es noch Zeit dazu, da die allgemeinen und örtlichen Bedingungen es gestatten. Da jedoch die Bemühungen, welche ich während zwölf Tagen in La Spezia bei den Herren Prandina, Ganio, Coteletti, Vecchi, und noch Anderen angewendet, ganz erfolglos geblieben sind, so meine ich, Herr Cipriani sollte dem Professor Zanetti alle in dessen letzterem Berichte enthaltenen Rathschläge nachweisen und ihn zu einer Berichtigung derselben zu veranlassen suchen. Die Sonde hat die

Herren Porta, Zanetti und Vatrige irregeführt, indem sie ihnen weder das Vorhandensein der Kugel nachwies, noch das der Knochen Woll- und Lederfragmente, die nach ihrer Untersuchung aus der Wunde entfernt worden sind. Die bloße Einführung des Fingers anstatt der Sonde hätte jeden Zweifel behoben. Herr Zanetti hat der Theorie der von den gezogenen Schußwaffen geschleuderten conischen Geschosse, und namentlich der Minié-Kugel, eben so wenig als den durch die Arbeiten Rognetta's hervorgerufenen Fortschritten der Bundargenriffe in Bezug auf die Extraction des Astragalums Rechnung getragen. Aber Herr Zanetti ist großherzig, gelehrt, patriotisch, und wird sich der besseren Einsicht nicht verschließen. Vielleicht könnte Bertani, von all dem unterrichtet, einen heilsamen Einfluß auf Prandina ausüben, und Italien hätte dann nicht die Folgen einer beklagenswerthen Verblendung zu ertragen. Von Herzen der Ihrige.

Die letzte Verschlimmerung des Befindens Garibaldi's hat seine Aerzte veranlaßt, abermals mehrere bedeutende medicinische Capacitäten zu einer Consultation zu berufen, namentlich den Professor Zanetti, Tommasi und Sberini aus Florenz, Pisa und Mailand. Das Resultat der neuen Untersuchung war ganz befriedigend und die Aerzte zweifeln nicht an der endlichen Heilung.

Ueber die Mordanschläge in Palermo vom 11ten d. Abends schreibt man von dort folgendes: „Am 11ten d. war unsere Stadt der Schauplatz einer schrecklichen Mordthat. Gegen 7 oder 8 Uhr Abends erschienen an verschiedenen Punkten der Stadt, gleich geleidet und fast alle von gleicher Statur, mehrere Individuen, die, mit Dolchen bewaffnet, sich auf die Bürger stürzten und in kurzer Zeit 12 Personen, alle durch Stiche in den Unterleib niederstießen. Der Anfall auf das letzte Opfer war glücklicherweise von 3 Officieren des 511ten Regiments bemerkt worden, die den Mörder eifrig verfolgten und ihn nach vieler Mühe beim Palaß des Fürsten Lanza in einer Schuhmacherwerkstatt erwischten, wo er sich anstellen wollte, als er da. Der Verhaftete ist ein früherer Lasträger vom Zollamte, Namens Angelo d'Angeli, 38 Jahre alt, aus Palermo, er machte sofort Enthüllungen, worauf man noch am selben Abend 7 seiner Spiessgesellen verhaftete. Bei Allen fand man die Messer noch roth von frischem Blute; 4 von den Mördern standen im Dienste des früheren Polizeidirectors Manosalco. Die von ihnen Verwundeten gehören in politischer Beziehung zwar verschiedenen Parteien an, doch sind sie in der Mehrzahl entschiedene Mazzinisten. Die Stadt ist in der größten Aufregung, da es Jedem schwer wird, einen anderen Beweggrund für dieses duldungsweise Abschlagen aufzufinden, als den, Verwirrung und Schrecken zu verbreiten. In Folge dieses und einiger anderer Vorkommnisse im Innern der Insel hat der General-Lieutenant Brignone, außerordentlicher Pro-Commissar in Sicilien, unterm 2. d. sofortige allgemeine Entlassung befohlen. Nur die öffentliche Macht, die dienstthuende Nationalgarde, die Consuln und Consular-Agenten sind ausgenommen. Das Aufstellen und Verkaufen von Waffen ist verboten; Privatleute, die im Besitze von Waffen sind, so wie Händler mit Waffen, müssen dieselben binnen 3 Tage: auf dem Polizeiamt abliefern. Zuwiderhandelnde trifft die ganze Strenge des Gesetzes und, je nach den Umständen“, (secondo i fatti) wie General Brignone ausdrücklich sagt, werden sie bestraft.“

**Rußland.**

Eine Warschauer Correspondenz der „Allg. Pr. Z.“ schildert den Eindruck, welchen das neue Rekrutirungsgesetz dort hervorgerufen hat, und vergleicht die jetzigen mit den früheren Verhältnissen: Bekanntlich erschien im Jahre 1859 ein neues Rekrutirungsgesetz, welches sehr viele Ausnahmen gestattete und Stellvertretung und Auslösung der Militärpflichtigen zur Grundlage hatte. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse hier durch die Zinsbarmachung der Bauern, durch die revolutionären Umläufe und den Kriegszustand, so wie durch abermaligen Aufschub der Aushebung auf fernere drei Jahre so verändert, daß an eine buchstäbliche Anwendung dieses Gesetzes nicht zu denken war. Aus diesem Grunde war man auf die Lösung dieser für das Land sehr wichtigen Frage längst, und namentlich nach der Einziehung vieler zum Militär als Strafe, sehr gespannt. Die nunmehr vom Kaiser auf Antrag des Großfürsten Statthalters bestätigten neuen Anordnungen sind auf Stärkung der neuen bürgerlichen Verhältnisse berechnet, und werden zugleich zur Folge haben, daß gar manche der wegen Demonstrationen notirten unruhigen Köpfe, wenn auch nicht als Strafe, so doch auf dem gewöhnlichen Wege der Aushebung, zum Militärdienst herbeigezogen werden, ohne daß denselben eine Amnestie zu Gute kommen kann. Daß der Bauernstand, welcher sich fast durchgängig als loyal bewies, in seinen neuen Verhältnissen, nach der Befreiung vom Hofdienste oder bis zu dessen Aufhebung erleichtert wird, kann nur gewilligt werden, wogegen die Städte eine zahlreiche müßige Jugend, welche die Herren des Landes spielen wollen, leicht entbehren können.

Aus St. Petersburg, 9. October wird gemeldet: Lord Rapier, der englische Gesandte, ist auf seinen Posten zurückgekehrt und vom Kaiser in Audienz empfangen worden. — Ein kais. Ukas hebt die in den Jahren 1840 und 1841 erlassenen Verordnungen, die Ein- und Ausfuhr von Papiergeld nach und von Finnland betreffend, auf und gestattet den freien Verkehr auch für die von der finnländischen Bank ausgegebenen Creditbilletts. — In Dorpat wurden zwei neue deutsch. Zeitschriften zur Wahrung der Interessen des Deutschthums in den baltischen Provinzen angekündigt, jedoch am wirklichen Erscheinen — aus welchem Grunde? ist nicht bekannt! — behindert.

**Donau-Fürstenthümer.**

In der Moldau, schreibt man der „Don.-Ztg.“, gährt es gewaltig und die Bewegung gegen die Union mit der Walachei ist eine allgemeine, offenkundige ge-

worden. Man sieht die Schulen, die wichtigeren Behörden, ja selbst in neuester Zeit noch den Sanitätsdienst von Jassy nach Bukarest übertragen, und so konnte es bei der allgemeinen Zerrüttung unserer Verhältnisse nicht fehlen, daß man auf den Gedanken kam, die Regierung sei eigentlich gar keine unionistische, d. h. die Moldau und Walachei in gleichem Maße umfassende, sondern wolle vielmehr die Moldau zu Gunsten der bisher immer zurückgestandenen Walachei brand-schlagen. Die Bewegung gegen die Union und die Regierung ist eine allgemeine geworden. An ihrer Spitze stehen die Generale Theodor Balsch, und Grigorie Billa, so wie der sehr angesehene Bojar Nicolaus Docan, ein naher Verwandter der Gemalin des Fürsten Gusa. Selbst die Reife der letzteren auf ihre Güter in der Moldau in Begleitung des Justizministers Cornea, welche unstreitig zu dem Zwecke unternommen wurde, um durch ihre zahlreichen Verwandten auf die Bewegung mächtig einzuwirken, ist wirkungslos geblieben. Die Bewegung hat immer größere Dimensionen angenommen. In dem Hause des General Theodor Balsch werden äußerst frequente Versammlungen abgehalten, in denen über die vorzunehmenden Schritte beraten wird. Wie weit man bereits vorgeschritten, ist aus dem Umstande zu entnehmen, daß man von der Idee, eine Petition an die Kammer zu richten, abgegangen und sich directe an die garantirenden Mächte zu wenden entschlossen ist.

**Türkei.**

Aus Konstantinopel wird der S. S. gemeldet, daß die Beziehungen der Pforte zur griechischen Regierung einen immer gereizteren Charakter annehmen. Der französische Botschafter, Marquis de Moustier, soll demnächst, dem Beispiele seines britischen Kollegen Sir H. Bulwer folgend, eine längere Urlaubreise nach Paris antreten. Mit dem jede Stunde hier erwarteten Serdar Ekrem Omer Pascha sollen kleine Mißbilligkeiten obwalten, die durch eine Weigerung des Letzteren entstanden sind, die ihm vom Sultan zugesagte Paccificationsmission nach dem Hauran übernehmen zu wollen. Omer Pascha schließt Kränklichkeit vor und soll Willens sein, sich gänzlich aus der Deffentlichkeit zurückzuziehen.

In der Gegend von Brussa haben wieder einmal rohe Scenen des Fanatismus stattgefunden. Eine Türkenhorde, meistens Soldaten, überfiel ein armenisches Dorf am Sonntage, hieb 50 Einwohner ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes nieder, als dieselben die Kirche verließen, spannte die Ueberlebenden wie Zughiere vor ihre mit Beute beladenen Wagen und zwang sie unter Martern die schweren Fahrzeuge über die Gebirgswege nach dem Aufsatze der Räuber zu schleppen. Eine Untersuchung, in die hier eingeleitet worden, allein wie es sich damit verhält, weiß man längst. Es ist dies eine leere Formlichkeit, um der gefandtschaftlichen Reizbarkeit Genugthuung zu geben.

**Wien.**

Der Armees-Moniteur bringt folgende Mittheilungen aus Schanghai vom 15. August: „Am 5. ist die Kaiserliche Armee vor Nanking angelangt. Sie setzte sich 500 Meeres von der Stadt entfernt in sehr vortheilhafter Lage fest. Am nächsten Morgen wurde das Rebellencorps angegriffen, welches die Umgebung von Schanghai verlassen hatte, um die Hauptstadt der Insurrection zu verteidigen. Die Kaiserlichen behielten die Oberhand, doch ließen sie sich dadurch nicht hindern; nachdem sie die Rebellen zurückgeworfen hatten, kehrten sie in ihre Linien zurück und befestigten sich. Ihre Stellung ist um so besser, als sie durch eine starke chinesische Flottendivision, welche den Fluß beherrscht, repräsentirt werden. Bis zum Eintreffen der verbündeten Streitkräfte werden sie den Platz unruhigen, die Convois auffangen und ihn dadurch ausbuntern. Die Rebellen erkennen die drohende Gefahr, aber sie sind uneinig. Der Fähigste unter Ihnen, Fann, beabsichtigte schon vor dem Eintreffen der Kaiserlichen, die Stellung, welche sie jetzt inne haben, durch ein detachirtes Fort zu decken, aber seine richtige Ansicht ging nicht durch. Jedemfalls werden die gegen Mitte November vor Nanking erwarteten Verbündeten die Belagerung unter sehr günstigen Bedingungen beginnen. Die Stadt Schanghai ist von den Rebellen gänzlich geräumt. Sie gewinnt eine solche Ausdehnung, daß die Rede davon ist, eine neue Stadt unter dem Namen „Neu-Schanghai“ anzulegen.“

**Local- und Provinzial-Nachrichten.**

**Krajan, 17. October.**  
\* Bei Biata nizza (Sanbecker Kreis) zeigten sich im Mai 3. auf Hafer und Roggen viele winzige, bewegliche und hülfe Insekten, welche für die Brut wandernder Heuschrecken gehalten und vollständig vertilgt wurden. Einige Exemplare besitzt das hiesige Gymnasial-Cabinet; sie ähneln der Baumrille (Cicada interrupta), wie sie Professor Hübner in seinem Werke „Kleine Feinde der Landwirtschaft“ (Stuttgart und Augsburg 1855, pag. 475) angezeichnet. Kenner hier und in Wien erfanden in ihnen keine ausgezeichneten Grillen. Nach einer Erläuterung des hohen Ministeriums für Handel und Ackerbau föhnten sie eigentlich nicht zerstört werden, da sie keine Regenwürmer sondern nur Saugorgane besitzen, sie können nur den Pflanzen schaden, bei denen es vor allem auf Reinheit und Unversehrtheit des Blattes ankommt. Der Eisen, mit dem dieses Insect vertilgt wurde, war also zwar nicht überflüssig, allein die Besorgnis vor Verwüthungen und die Meinung, es seien junge Heuschrecken, ungegründet.

\* In Czernowitz soll zu dem Bau einer großartigen Residenz für den griechisch-nichthunirten Bischof in Verbindung mit einem Seminar- und Priesterhause geschritten werden. Mit der Anfertigung der Pläne wurde vom Staatsministerium der Architect Dr. Glawla (ein Bruder des Hrn. Präsdialsecretäre der böhm. Statthalterei) betraut, der sich seiner Aufgabe im glänzenden Maße entledigt hat. Seine Pläne sind von allen bei diesem Baue interessirten Behörden und geistlichen Würdenträgern ohne irgend eine Abänderung zum Baue empfohlen worden.

**Handels- und Börsen-Nachrichten.**

Dem Vernehmen nach ist es bei der österreichischen Staatsbahn-Gesellschaft im Antrage, zur Hebung des Verkehrs im Osten einen orientalischen Ropproducten-Importhandel

in Vorkaufwege in's Leben zu rufen. Zu dem Behufe sollen Zentral-Baaren und Productenhallen in Wien, Pest, Semlin und Lemberg errichtet werden.

Die Virginia-Cigarren dürften in Kürze zu den Seltenheiten zählen. Der Vorrath an Virginia-Blättern wird nur noch einige Monate ausreichen, und wenn die damit der amerikanische Krieg nicht beendet, und die Zufuhr nicht erleichtert ist, dürfte es schwer sein, echte Blätter zu Virginia-Cigarren zu erlangen.

Der „Progress de Lyon“ enthält in seiner Nummer vom 7. Oct. einen Beitrag zur Kenntniss der Veterinärpolizei in Frankreich. Das Lyoner Blatt empfiehlt gegen Lungenpeuche des Rindviehs die Impfung, und bemerkt dazu, daß ein französischer Thierarzt, Magure, welcher seit 1853 die berühmte Willems'sche Entdeckung anzuwenden scheint, seitdem bei 204 Fögern 3886 Stück Rindvieh geimpft habe. Von diesen seien 236 Kühe in angelegte Ställe verkauft, von der Krankheit sei dabei aber nur eine Kuh ergriffen worden. Seit man richtig impft, ist bekanntlich der Verlust eines rechtzeitig geimpften Thieres eine Abnormität, die letztere Angabe dürfte also richtig sein, nur bezweifeln wir, daß die Impfung in diesem Umfang in freien Ställen vorgenommen worden ist; aber auch selbst dann geht aus der Angabe des „Progress de Lyon“ hervor, daß die Lungenpeuche im südlichen Frankreich weit häufiger vorkommt als wir geglaubt, während gar keine veterinärpolitische Vorschriften dagegen besteht, gerade wie beim Hoz der Pferde. Wenn die Verluste nicht zur Landplage werden, so ist offenbar nur der Umstand daran schuld, daß der gemeinschaftliche Weideweg und damit der Hauptgrund der Ansteckung wegfällt. Da bis jetzt kein Fall spontaner Entstehung nachgewiesen, ist die Sperre die erste Bedingung um die Seuche zu bekämpfen.

Breslau, 14. October. Die heutigen Preise sind (für einen preussischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergrößen — 5 fr. dt. W. außer Agio):

|                             |     |     |    |    |    |
|-----------------------------|-----|-----|----|----|----|
| Besten Weizen               | 82  | 83  | 79 | 74 | 77 |
| Gelber                      | 80  | 81  | 78 | 73 | 77 |
| Roggen                      | 58  | 59  | 57 | 55 | 56 |
| Gerste                      | 40  | 42  | 39 | 37 | 38 |
| Hafer                       | 26  | 27  | 25 | 23 | 24 |
| Erbisen                     | 52  | 54  | 50 | 45 | 48 |
| Rüben (für 150 Pfd. brutto) | 234 | 223 | —  | —  | —  |
| Sommerraps                  | —   | —   | —  | —  | —  |

Neszöw, 14. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in Oesterreich. Währung: Ein Mezen Weizen: 4.35 — Korn 2.62 — Gerste 2. — Hafer 1.17 1/2 — Erbsen 2.29 — Bohnen 2. — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Futuruz — — — Erdäpfel — .80 — Eine Klafter hartes Holz 7.80 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh — .80.

Tarnow, 14. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in Oesterreich. Währung: Ein Mezen Weizen 4.75 — Roggen 2.80 — Gerste 2.18 — Hafer 1.50 — Erbsen 3.20 — Bohnen 3.50 — Hirse 2.18 — Buchweizen 2.15 — Futuruz — — — Erdäpfel — .70 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Futterklee 1.45 — Der Zentner Heu 1.30 — Ein Zentner Stroh — .70.

Wien, 13. October. Der Auftrieb auf unserem Schlachtviehmarkte (St. Marxer-Bühel) betrug: 1231 ungar., 2091 galiz., 82 inländ., zusamm. 3408 St. Ochsen davon wurden angekauft u. hiesigen Fleischeren „ 2133 „ „ von Landfleischern „ 1057 „ „ außer dem Marke angekauft „ 18 „ „ unverkaufte gingen auf Land „ 200 „ „ wie oben „ 3408 „ „ Im ganzen gingen auf Land „ 1257 „ „ hier blieben „ 2151 „ „ Schätzungsgewicht pr. St. d. 450 — 650 Pfd. — Ankaufspreis pr. St.: 117. — 185. — pr. Centner 23.50 — 31.50 dt. Währ.

Berlin, 15. October. Freiw.-Anl. 102 1/2. — Sperr. Met. 58 1/2. — 1854er-Lose 75. — Ration-Anlehen 68. — Staatsbahn 131 1/2. — Credit-Actien 92 1/2. — Credit-Lose 70 1/2. — Böhmische Weibahn 7 1/2. — Wien 96 1/2. — Bancactien 759. — 1854er-Lose 72 1/2. — National-Anl. 66 1/2. — Staatsb. 230. — Credit-Act. 214 1/2. — 1860er-Lose 73 1/2.

Wien, 16. October. National-Anlehen zu 5% mit Zänner-Coup. 82.35 Geld, 82.45 Waare, mit April-Coup. 82.20 Geld, 82.30 Waare. — Neues Anlehen vom 3. 1860 zu 500 fl. 89.60 Geld, 89.80 Waare, zu 100 fl. 91.20 G., 91.40 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 71.50 G., 71.75 W. — Aktien der Nationalbank (pr. St. d.) 788 G., 789 W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 221.80 G., 224.90 W. — der Kaiser Ferdinand Nordbahn zu 1000 fl. Öst. 1934 G., 1936 W. — der Galiz.-Karlbudw.-Bahn zu 200 fl. G. Mze. mit Einzahlung 223.25 G., 223.50 W. — Wechsel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden lödd. W. 103.25 G., 103.40 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 122.20 G., 122.30 W. — S. Münzbukaten 5.34 G., 5.36 W. — Kronen 16.73 G., 16.83 W. — Napoleon's or 9.78 G., 9.80 W. — Russ. Imperiale 10.08 G., 10.12 W. — Vereinshaler 1.81 1/2 G., 1.82 W. — Silber G., 121.25 121.75 W.

Krajaner Cours am 16. Octbr. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 108 1/2, verlangt, fl. p. 107 1/2. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 372 verlangt, 366 bezahlt. — Preuss. Courant für 150 fl. österr. Währung fl. österr. 83 1/2, verlangt, 82 1/2, bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121 1/2, verlangt, 121 1/4, bez. — Russische Imperials fl. 10.04 verlangt, fl. 9.99 bezahlt. — Napoleon's or fl. 9.75 verlangt, 9.80 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.76 verlangt, 5.68 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.84 verlangt, 5.76 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100 1/2, verl., 99 1/2, bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coupons in österr. Währung 81 1/2, verl., 81 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Conv. d. Münzfl. 85 1/2, verlangt, 84 1/2, bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 74 1/2, verl., 74 bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 82 1/2, verlangt 81 1/2, bezahlt. — Actien der Carl-Subwvibahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 230 verl., 228 bezahlt.

**Neueste Nachrichten.**

Wien, 16. October. Se. Majestät der Kaiser sind heute Vormittag 10 Uhr von Ischl nach Schönbrunn zurückgekehrt.

München, 16. October. Kersdorf, Schäffe und Hänle waren heute im österreichischen Klub. Ein Comité aus Süddeutschen und Oesterreichern tritt zu gemeinschaftlichen Anträgen zusammen.

Paris, 16. October. Der Moniteur bringt ein Decret, welches meldet, daß Druin de Lhuys an Stelle des Hrn. v. Thouvenel, dessen Demission angenommen wurde, zum Minister des Aeußern ernannt ist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Voczel.

Verzeichniß der Angefommenen und Abgereisten vom 16. October.  
Angefommen sind die Herren Gutsherren: Dolar Graf Dobziewicz, aus Rußland. Wladislaus Gr. Kei, aus Galizien. Johann Schubert, Cesar Haller, Franz Kzewuski, aus Polen. Edward Bartmannski, k. k. Kreis-Commissär aus Lemberg. Abgereist sind die Herren Gutsherren: Johann Graf Starobinski, Dabek, Anton Batoweki, nach Galizien. Wladislaus Dabek, nach Berlin. Wladimir Anski, Marian Victor Wojciechowski, nach Polen. Stefan Butzypski, nach Podolien. Nikolaus Rowiewski, nach Rußland.

3. 2323. civ. Edict. (4223. 3)

Dom k. k. Bezirksamte Oswiecim als Gerichte wird hiemit bekannt gemacht, dass über Ansuchen der Eheleute Herrn Johann und Frau Florentine Naczynski zur Vereinhaltung der vergleichsmässigen Forderung in Höhe von 2557 fl. 80 kr. S. W. f. R. G. die executiv Veräußerung der, der Frau Albertine Zalasko eigenthümlichen sub N. Con. 235 in Oswiecim gelegenen Mühlenrealität sammt Zugehör und den hiezu gehörenden Grundstücken mit den Ausrufpreise von 17,804 fl. 80 kr. S. W., bewilligt worden sei.

Die öffentliche Veräußerung wird hiergerichts am 13. November 1862, 18. December 1862 und 22. Jänner 1863 jedesmal um 9 Uhr Vormittags im Gerichtsgebäude unter nachstehenden Bedingungen vorgenommen werden:

- 1. Als Ausrufpreis wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert von 17,804 fl. 80 kr. S. W. angenommen, unter diesem Schätzungswerte wird diese Realität nicht hintangegeben werden.
2. Jeder Kauflustige hat als Badium den Betrag von 1781 fl. S. W. in barem oder in österreichischen Staatsschuldverschreibungen nach dem Tagescourse des dem Licitationstermine vorhergehenden Tages zu Händen der Feilbietungs-Commission zu erlegen.
3. Falls bei diesen 3. Licitationstermine ein Anbot um oder über den Schätzungswert nicht gemacht werden sollte, so wird zur Feststellung erleichternder Licitationsbedingungen eine Tagfahrt auf den 23. Jänner 1863 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts anberaumt, und es werden hiezu sämtliche Hypothekargläubiger mit dem Befehle vorgeladen, dass die Ausbleibenden der Stimmeneinheit der Erscheinenden als beitreten werden angesehen werden.
4. Für jene Gläubiger denen Aufenthalt unbekannt ist, oder denen der Feilbietungsbefcheid, aus was immer für einer Ursache entweder nicht genug zeitlich vor der ersten Licitationstermine, oder gar nicht zugestellt werden könnte, oder welche erst nach den 22. August 1862 in das Grundbuch gelangen sollten, wird Herr Theophil Ritter v. Chwalibóg k. k. Notar in Biala mit Substitution des k. k. Notars Herrn Johann Schrott in Biala zum Curator ad actum aufgestellt.

Die übrigen Licitationsbedingungen, der Grundbuchsuszug und der Schätzungsact liegen in der hiergerichtlichen Registratur zur Einsicht bereit.
Dom k. k. Bezirksamte als Gericht. Oswiecim, am 7. September 1862.

N. 77. Edikt. (4224. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Slemieniu podaje do publicznej wiadomości że Zofia Mieszczaż wloscianka z wsi Kocierza ad Moszczanica zmarła bez testamentu na dniu 18 lutego 1785.

Do spuścizny po niej pozostalej powołanymi są na zasadzie prawnego następstwa jej zstępni spadkobiercy, a między innymi także nieznanzi z życia i zamieszkania:

Jakob Mieszczaż (syn), Jan Mieszczaż (wnuk), Małgorzata Mieszczaż (córka).

C. k. Sąd powiatowy wzywa przeto tych nieobecnych spadkobierców, aby w ciągu roku jednego od daty poniżej wyrażonej rachując, do spadku po rzeczonej Zofii Mieszczaż pozostałego tem pewnie zgłosili się i deklarację dziedziczenia wnieśli albo w pertrakcacy masy po Zofii Mieszczaż tylko z ustanowionym dla nich kuratorem w osobie Jana Słomki i z zgłaszającymi się spadkobiercami dalejby się odbywały.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Slemień, dnia 21 lipca 1862.

L. 4431. Edikt. (4219. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie podaje do wiadomości publicznej, że w dniu 24 czerwca 1858 zmarła w Krakowie Emilia I słu bu Bukowska 2go Wierciszewska, bez pozostawienia ostatniej woli rozporządzenia.

Ponieważ miejsce pobytu dwóch spadkobierców zmarłej mianowicie Przemysław Bukowski i Heliodora Bukowski, sądowi nie jest wiadomym, przeto wzywa się tychże, ażeby się w ciągu roku od dnia niżej wyrażonego rachując w sądzie tutejszym zgłosili i deklaracje swoje względem przyjęcia przypadającego na nich spadku podali, inaczey pertrakcacy spadkowa z zgłaszającymi się spadkobiercami i ustanowionym dla nieobecnych panem adwokatem Dr. Koreckim przeprowadzoną zostanie.

Kraków, dnia 25 września 1862.

N. 1225 civ. Edikt. (4221. 2-3)

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd w Wisniczu obwieszcza się, iż celem zaspokojenia pretensyi p. Karola Weissenbach w kwocie 150 złr. mk. wraz z procentem po 4% co do kwoty 50 złr. mk. od dnia 15 listopada 1848, co do kwoty zaś 100 złr. mk. od dnia 15 listopada 1849 bieżącymi kosztami spornymi w kwocie 71 złr. 73 c., 10 złr. i 7 złr. 66 cent. kosztami egzekucyjnymi w kwocie 20 złr. i 34 c. i 22 złr. 53 cent. sprzedaż przymusowa 20 czerwca 1860 zajętej, 21go września 1861 na 1518 złr. 15 cent. oszacowanej, pod N. Con. 6. w Sobolowie, Krakowskim obwodzie położonej realności Szymona Kosseli, składającej się z domu wraz z stajnią i stodołą, gruntu ornego w objętości 6 morg. 1222 kwadr. sąż., łąk w objętości 3 morg. 452 kw. sąż., pastwisk w objętości 745 kw. sąż. i krzaków w objętości 257 kw. sąż. w dwóch terminach mianowicie dnia 15 stycznia 1863 i 12 lutego 1863 każda razą o godzinie 10ej przedpołudniem w tutejszym sądzie pod następującymi warunkami odbędzie się:

1. Cenę wywoławczą stanowi wartość szacunkowa tej realności w kwocie 1518 złr. 15 c. jednakże ani na pierwszym, ani na drugim terminie licytacyjnym poniżej ceny szacunkowej sprzedana nie będzie. W razie gdyby realność ta na powyższych dwóch terminach wyżej lub przynajmniej za cenę wywoławczą sprzedana nie została, po poprzednim przesłuchaniu wierzycieli w celu ułożenia lepszych warunków trzeci termin licytacyjny rozpisze się, na którym terminie realność niżej ceny szacunkowej sprzedana będzie.

2. Chęć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacyi jako zakład do rąk komisji licytacyjnej kwotę 159 złr. gotówką lub w publicznych obligacyach długów państwa, lub też w galicyjskich stanowych listach zastawnych, któreto papiery według ostatniego kursu, którymi się nabywca wykaże ma, a nie według ich imiennej wartości obliczać się mają. Zakład nabywcy zatrzymuje się w celu zabezpieczenia wykonania warunków licytacyjnych.

3. Nabywca złoży na rachunek ceny kupna kwotę 400 złr. w przeciągu dni 14 po doręczeniu mu uchwały akt licytacyi potwierdzającej do depozytu tutejszego sądu z wliczeniem zakładu złożonego. Resztę ceny kupna nabywca w przeciągu dni 30 po prawomocności wydać się mającej tabuli płatniczej stósownie do poleceń w niej umieszczonych, uiszcic obowiązany będzie.

4. Po złożeniu w 3. ustępie oznaczonej części ceny kupna do depozytu sądowego, nabywca nawet bez zgłoszenia się w fizyczne posiadanie kupionej realności wprowadzonym zostanie, od którego to czasu wszystkie podatki, powinności gminne i ciężary publiczne, niemniej wszelkie niebezpieczeństwa ponosić będzie.

5. Równocześnie z oddaniem realności otrzyma nabywca dekret własności kupionej realności. 6. Gdyby nabywca wymienionych warunków licytacyjnych nie wypełnił, natenczas w skutek podania egzekucyę popierającego, lub też dłużnika, realność ta w jednym terminie na koszt i niebezpieczeństwo nabywcy i to niżej ceny szacunkowej relicytowaną będzie i w takim razie nabywca nietylko złożonym zakładem ale również i całym swoim majątkiem za wszelki ubytek ręczy.

7. Sąd nie ręczy kupującemu, ani za jakość, ani też za wymiar sprzedać się mającej, żaden korpus tabularny nie stanowiącej realności. Dotyczący akt zajęcia i oszacowania, chęć kupna mającym wolno w tutejszym c. k. Urzędzie powiatowym jako Sądzie przegladnać. Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd. Wisnicz, dnia 19 września 1862.

N. 16803. Edikt. (4217. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie niniejszem ogłasza, że na skutek prosby Antoniego Smialowskiego, na satysfakcyę wierzytelnosci tegoż w sumie 13650 złr. z procentami po 5% od dnia 5go listopada 1857 liczyć się mającymi, tudzież kosztów sądowych w kwotach 13 złr. 94 c. i 11 złr. 17 cent. i 22 złr. 81 c. odbędzie się dnia 13go listopada i dnia 18go grudnia 1862 każda razą o godzinie 10ej zrana w gmachu c. k. sądu krajowego w drodze egzekucyi sądowej, publiczna licytacya dóbr Smolic w obwodzie Wadowickim, w powiecie Andrychowskim leżących bez prawa do wynagrodzenia za zniesione powinności poddańcze w tabuli krajowej galicyjskiej wedle księgi głównej dom. 302 pag. 229 n. 20 i 22 hár. na imie dłużnika Anatolego Maszewskiego zapisanych, w celu przymusowej sprzedaży tychże dóbr pod warunkami, które w całej ich treści jako i akt oszacowania w dotyczących aktach sądowych w registraturze c. k. sądu krajowego przejrzeć i odpisać można.

Za cenę wywołania służy szacunek tych dóbr w sumie 67,460 złr., poniżej którego dobra te na owych terminach sprzedane niebędą.

Wadium do rąk sądowej komisji licytacyjnej złożyć się mające wynosi sumę 6746 złr.

Dla tych wierzycieli, którzyby do hipoteki owych dóbr po 21 kwietnia 1862 przyszli, i dla wszystkich tych wierzycieli, którymy obecne rozpisanie licytacyi albo całkiem, albo przed pierwszym terminem niebyło doręczone, ustanowiony został równocześnie kurator w osobie adwokata p. Dra Balko, zastępcą zaś tegoż adwokat p. Dr. Korecki. Kraków, dnia 15 września 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 7 columns: Zeit, Barom.-Höhe, Temperatur, Specifische Feuchtigkeit, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft. Rows for 16, 17, 18.

N. 17414. Edict. (4218. 1-3)

Dom k. k. Landesgerichte in Krakau werden über Ansuchen der Frau Anna Gräfin Romer diejenigen, welche auf die angeleglich in Verlust gerathenen auf den Namen der Frau Anna Romer lautende wegaligalifische Grundentlastungs-Obligation Litt. A. Nr. 2473 über 90 fl. C.M. was immer für Ansprüche oder jene Grundentlastungs-Obligation im Besitze haben, aufgefordert, diese Obligation diesem k. k. Landesgerichte binnen einem Zeitraume von drei Jahren seit der ersten Kundmachung des gegenwärtigen Edictes im Amtsblatte der „Krakauer Zeitung“ gerechnet vorzuliegen oder ihre Ansprüche darauf anzumelden, widrigens diese Obligation nach Verlauf dieses Termines für null und nichtig erklärt werden wird. Krakau, am 22. September 1862.

N. 17414. Edikt.

C. k. Sąd krajowy w Krakowie w skutek podania p. Anny hr. Romer wzywa wszystkich którzyby sobie rościli jakie prawo do zgubionej w imie Anny Romer opiekującej obligacyi indemnizacyjnej zachodnio-galicyjskiej Lit. A. Nr. 2473 na 90 złr. mk., lub takową posiadali, aby tę obligacya c. k. sądowi krajowemu w ciągu lat trzech od dnia pierwszego zamieszczenia obecnego edyktu w części urzędowej Gazety Krakowskiej ruchujac przedłożyli, lub ze swemi prawami się zgłosili w przeciwnym bowiem razie ta obligacya po upływie wspomnionego terminu za nieważną uznana zostanie. Kraków, dnia 22 września 1862.

N. 4616. Obwieszczenie. (4194. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu wiadomo czyni, iż licytacya przymusowa dóbr Siedlak dnia 16 lipca 1862 l. 1979 wyznaczona, i w dzienniku urzędowym Gazety Krakowskiej Nr. 188, 190 i 191 ex 1862 ogłoszona, na żądanie strony egzekucyą prowadzącej, aż do dalszego zgłoszenia się wstrzymana zostaje. Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy Sącz, dnia 8 października 1862.

N. 477 jud. Edict. (4025. 1-3)

Dom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Wadowice wird hiemit bekannt gegeben, es sei über Ansuchen der Frau Marianna Mitkosch aus Wadowice die Einleitung der Amortisirung der angeleglich in Verlust gerathenen Kuitung der bestandenen Wadowicer k. k. Kreis-Bezirkskassa vom 23. September 1843 Z. 3983/1105, über eine als Großstrafkassantin erlegte Caution pr. 31 fl. C.M., bewilligt worden.

Es wird daher benachrichtigt in dessen Besitze sich diese Urkunde befindet, aufgefordert, seinen Besitz diesem Gerichte so gewiss binnen einem Jahre anzuzeigen, widrigens die oberrwähnte Urkunde für null und nichtig erklärt werden würde. Wadowice, am 14. September 1862.

N. 14785. Kundmachung. (4232. 1-3)

Im Zwecke der Bewirkung einiger Wasserwerke an der Weichsel bei Gromca wird hiemit eine Offertenverhandlung zur Sicherstellung von 7809 Faschinen 15618 Pfosten, 4 1/2 Cub.-Rstf. Erdaushhebung und 217 Cub.-Rstf. Faschinenbau sammt der Requisiten-Entschädigung pr. 15 fl. 40 kr. eröffnet.

Der Fiscalpreis beträgt 2099 fl. 91 1/2 Nkr. und die Offerten müssen, mit dem Badiatbetrag von 210 fl. versehen sein und bis zum 27. October 1862 7 Uhr Abends bei der k. k. Kreisbehörde überreicht werden. Von der k. k. Kreisbehörde. Krakau, am 10. October 1862.

N. 14785. Ogłoszenie

Celem wykonania budowli wodnych nad Wisłą koło wsi Gromca rozpisuje się niniejszem licytacya w drodze ofert na dostarczenie i wyrobienie 7809 faszyn i 15618 palików, tudzież na wykopanie 4 1/2 sążni kubicznych ziemi i na wyrobienie 217 sążni kubicznych faszynady z odpowiednim wynagrodzeniem za rekwizyta.

Cenę wywołania stanowi kwota 2099 złr. 91 1/2 centów, oferty zaś opatrzone w wadium 210 złr., do godziny 7ej wieczór dnia 27 października 1862 w kancelaryi c. k. władzy obwodowej złożone być mają. Z c. k. Władzy obwodowej. Kraków, dnia 10 października 1862.

N. 6272. Edikt. (4187. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie podaje do wiadomości publicznej, że dla Jana Górnisiewicza, kwieskowanego akcesisty przy b. c. k. izbie obrachunkowej w Krakowie, uchwała c. k. sądu krajowego z dnia 13 maja 1862 l. 8460 za obłąkanego uznanego — p. Franciszek Górnisiewicz, ustanowiony został kuratorem. Kraków, dnia 25 września 1862.

L. 14785. Edikt. (4190. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski uwiadomiam niniejszym spadkobierców po Janie Sylwestrze Gruszczyńskim, iż w celu zawiadomienia leżących masy spadkowej po Janie Sylwestrze Gruszczyńskim w tutejszo-sądowej uchwalę z dnia 6 sierpnia 1862 l. 12067 téjże masie kurator w osobie p. adwokata Dra Kaczkowskiego z substytucyą p. adwokata Dra Jarockiego przeznaczony i temuż wyż wspomniona uchwała do l. 12067 doręczona została.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, dnia 2 października 1862.

Wiener - Börse - Bericht vom 15. October. Oeffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with 2 columns: Gold, Silber. Rows for various bonds and interest rates.

Table with 2 columns: Geld, Waare. Rows for various commodities and interest rates.

Actien (pr. St.)

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various stocks and interest rates.

Wandbriete

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various bonds and interest rates.

Cours

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various exchange rates and interest rates.

3 Monate.

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various interest rates.

Cours der Geldforten.

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various exchange rates and interest rates.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Table with 2 columns: Abgang, Ankunft. Rows for various train schedules.

Ankunft:

Table with 2 columns: 1860, 1861. Rows for various arrival schedules.